

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 10, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 296 A

BERLIN • Sonnabend, den 14. Januar 1933

2 JAHRGANG

# Ein Keil zwischen Hindenburg und Schleicher.

### AUS DEM INHALT:

Durcheinander im Lager der Reaktion.  
Von läppischen Manieren des Staates.  
Bedrängte Lage Paul-Boncours.  
Der Frankfurter Mädchenmordprozeß.  
Katzenjammer in Freiburg.

## Weder Sicherheit noch Abrüstung.

H. M. Wenn in Frankreich von Kriegsgefahr die Rede ist, dann denkt jeder an zwei Länder, von denen diese Gefahr zu drohen scheint: an Italien und Deutschland. Auch die französische Regierung betrachtet diese beiden Länder als diejenigen, die am ehesten den Frieden in Europa stören würden, nicht nur, weil beide einen Groll gegen diejenigen Länder hegen, die die Beute des Weltkrieges davongetragen haben (vor allem gegen Frankreich), sondern auch weil in beiden Ländern der militärische Geist hochgezüchtet wird, weil in beiden Ländern Regierungen am Ruder sind, die Pazifisten als Landesverräter betrachten. Welche Politik verfolgt die französische Regierung gegenüber diesen beiden Ländern, Italien und Deutschland?

Als die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich infolge der deutschen Gleichberechtigungs-Forderung im Herbst des vergangenen Jahres immer drohender wurde, begann Herrriot, der hinter der deutschen Forderung das Gespenst des Wettrüstens sah, das zu einem neuen Kriege führen würde, sich für eine

französisch-italienische Verständigung einzusetzen; denn er wollte das Zustandekommen einer Einheitsfront Italien-Deutschland verhindern. In einigen Reden wurde die Verständigung angebahnt. Die Ernennung Henri de Jouvenels zum französischen Botschafter in Rom, eines Mannes also, der schon 1918 für Italien Verständnis gezeigt hatte, weil es von den anderen Ententemächten um seinen Anteil an der Beute des Krieges betrogen worden war, wird sicherlich geeignet sein, die französisch-italienischen Beziehungen zu bessern. Allerdings ist die Besetzung des Botschafterpostens mit einem in Italien geringgeschätzten Manne für Mussolini kein hinreichender Beweis von Frankreichs Freundschaft. Ihn verlangt es nach einer räumlichen Ausdehnung Italiens, nach Kolonien, nach Dalmatien. Immerhin wird die Regelung dieser Fragen weniger Schwierigkeiten bieten, wenn der Radikalsozialist de Jouvenel die französischen Interessen in Rom vertritt.

Den einen Gegner, durch den Frankreich sich bedroht fühlt, versucht die Regierung also zum Freunde zu gewinnen. Wie stellt sie sich zu dem anderen Gegner, Deutschland?

In der Rüstungsfrage, die während des vergangenen Jahres von maßgebender Bedeutung für die Beziehungen zwischen den Großmächten war, beharrt die französische Regierung auf dem Grundsatz,

daß an Abrüstung erst gedacht werden kann, wenn die Sicherheit für den Frieden vorhanden ist.

Diese Sicherheit sieht mit Recht Frankreich bedroht, wenn Deutschland die Möglichkeit bekommt, aufzurüsten und also auf militärischem Gebiet mit Frankreich zu konkurrieren. Die Sicherheit sieht Frankreich ferner bedroht, solange Deutschland sich weigert, ein

„Ostlocarno“ abzuschließen, d. h. die deutsch-polnische Grenze als endgültig zu betrachten, und solange die Unverletzlichkeit dieser Grenze nicht durch einen Vertrag zwischen den Großmächten garantiert ist.

Was Frankreich aber nicht mehr fordert — und das ist von französischen Staatsmännern wohl noch nie so klar zum Ausdruck gebracht worden, wie von Pierre Cot, dem radikalsozialistischen Unterstaatssekretär im Außenministerium — das ist das starre Festhalten am Versailler Vertrag. Cot sagte zu einem Berichterstatler des „Petit

## Die Junker intrigieren.

Die neueste Taktik der Junker geht dahin, den durch die Entschließung des Reichslandbundes gleichfalls verärgerten Reichspräsidenten wieder zu gewinnen und gegen die Schleicher-Regierung einzunehmen. Dieses Verfahren ist sicher nicht unzweckmäßig und aussichtslos, denn Hindenburg hat sich bei dem Besuch der Landbundesvertreter sofort „überzeugen“ lassen und war über deren Darstellung der „Not der Landwirtschaft“ so erschüttert, daß er sofort energische Gegenmaßnahmen zusagte. Die beschleunigte Erweiterung des Vollstreckungsschutzes ist nicht zuletzt auf diese Initiative Hindenburgs zurückzuführen.

Dem genannten Zweck, Hindenburg zu versöhnen und gegen Schleicher zu mobilisieren, dient ein „herzlich gehaltener“ Brief des Präsidiums des Reichslandbundes an den Reichspräsidenten. Wie der „Nationalsozialistische Pressedienst“ aus „gut unterrichteten Kreisen“ erfährt (der Reichslandbund steht unter deutschnationaler und nationalsozialistischer Führung!), gibt in diesem Brief das Präsidium des Reichslandbundes seiner „Genugtuung“ darüber Ausdruck, daß der Reichspräsident anlässlich des Besuches des Präsidiums des Reichslandbundes für die Nöte und Leiden der „deutschen Bauern“ Verständnis gezeigt habe. In dem Brief wird nochmals der Standpunkt des Reichslandbundes zu der Politik des Kabinetts von Schleicher klargestellt und die dem Reichslandbund von dem Kabinetts (1) zum Vorwurf gemachten Dinge als unbegründet bezeichnet.

Auch der pommersche Landbund hat in diesem Sinne ein Telegramm an Hindenburg gerichtet:

„Konflikt Reichsregierung-Reichslandbund veranlaßt uns, den Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten des Vertrauens des pommerschen Landbundes erneut zu versichern. Wir glauben auch, daß Sie, Herr Reichspräsident, uns helfen wollen, sehen aber, daß wirklich nebensächliche Vorgänge (!) dazu Anlaß werden, eine Kluft aufzureißen zwischen dem Landbund und dem, der für das Landvolk allein (!) noch die Staatsautorität verkörpert. Die Entschließung des Reichslandbund-Vorstandes gibt ein richtiges Bild der Lage. Wir danken es auch dem Reichslandbund-Präsidium, daß es über diese Entschließung hinaus, die sich gegen die Wirtschaftspolitik des Kabinetts Schleicher richtet, den unmittelbaren Weg zu Ihnen, Herr Reichspräsident, gesucht hat.

Journal“, daß die Abänderung von Verträgen in den Satzungen des Völkerbundes vorgesehen sei, daß Verträge nicht von ewiger Dauer seien, daß man aber ihre einseitige Kündigung nicht zulassen könne.

Die französische Regierung hat in ihrem „konstruktiven Plan“, den sie der Abrüstungskonferenz im November vorgelegt hat, selber einen Schritt zur Aufhebung einzelner Bestimmungen des Versailler Vertrages getan. Sie fordert in diesem Plan die Einführung eines Milizheeres in Deutschland, nach der die deutschen Generale sich bekanntlich sehr sehnen. Aber die Einführung eines Milizheeres bringt Schleicher kein hinreichendes Maß an Gleichberechtigung, und Paul-Boncours kein hinreichendes Maß an Sicherheit.

Was verlangt die Reichsregierung in der Frage der Gleichberechtigung, abgesehen von dem Milizheer? Schleicher hat sich hierüber bisher niemals eindeutig ausgesprochen, auch die chauvinistische Presse stellt keine bestimmten Forderungen auf, ob die deutsche Regierung etwa künftig Kanonen bauen soll oder Bombenflugzeuge oder Tanks oder Unterseeboote. Eine Forderung, die kurz nach Zustandekommen des Genfer Fünf-Mächte-Abkommens in der deutschen Presse erhoben wurde,

die Forderung nach Aufhebung der entmilitarisierten Rheinlandzone oder nach Einführung einer ebensolchen Zone auf der anderen Seite der Grenze, wurde schon nach wenigen Tagen fallengelassen.

Stattdessen wurde eine andere Forderung erhoben, die von der Regierung selber, auf dem Umwege über den Ostdeutschen Rundfunk, angeregt worden ist: Die Forderung nach Aufhebung des polnischen Korridors.

Warum zieht die Reichsregierung diese Forderung, die doch eigentlich mit der Gleichberechtigung in der Rüstungs-

Hunderttausende von Bauern und Landleuten (lies: bankrotte Großagrarien. Die Red.) sollen in den nächsten Wochen um das Letzte gebracht werden. Das ist der entscheidende Tatbestand. Wir bitten Sie, Herr Reichspräsident, schützen Sie das Landvolk gegen ein Versagen des Kabinetts, und ordnen Sie voreerst allgemeinen Vollstreckungsschutz an. Bis dahin wird das pommersche Landvolk seine Scholle und seine Arbeitsstelle mit den letzten Mitteln verteidigen.“

Man wird nun abwarten müssen, ob Hindenburg gegen die Anzapfungen seiner Klassen- und Standesgenossen fest bleibt und zu dem Kabinetts „seines Vertrauens“ weiterhin steht, oder ob der Reichspräsident umfällt und es darüber zur Kabinetts- — vielleicht zur Präsidentenkrise kommt.

## Der „Geist“ des Junkertums.

Der Reichslandbund hat zu seiner Entschließung gegen die Agrarpolitik der Reichsregierung eine ganze Anzahl Zustimmungserklärungen erhalten, von denen wir einige abdrucken, weil nichts die Geisteshaltung der Feudalreaktion treffender kennzeichnet als derartige Selbsterzeugnisse.

So wurde aus Schleswig-Holstein folgendes telegraphiert: „Der Land- und Bauernbund Segeberg dankt dem Reichslandbund, daß er in seiner letzten Entschließung und in seinen letzten Verhandlungen mit dem Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung die trostlose Lage der Landwirtschaft beim richtigen Namen genannt hat. Wenn das von der Regierung Schleicher als Demagogie bezeichnet wird, so ist das ein Hohn auf das Elend des Bauernstandes.“

... Will die Regierung Schleicher den Kampf mit der Landwirtschaft, so soll sie spüren, daß der Bauernbund bereit ist, diesen aufzunehmen, und daß er geschlossen hinter seiner Reichsführung steht.“

Der Kreislandbund Siegburg aus dem Rheinland telegraphiert an den Reichslandbund:

„Endlich richtige Sprache. Beweis „Kölnische Zeitung“. Je rücksichtsloser, desto größer Ihr Rückhalt beim Bauern.“

Exportfanatismus ruiniert ganzen Bauernstand.“ Weitere „Entschließungen“ in dieser Sache auf Seite 3.

frage wenig zu tun hat, der Forderung nach Militarisierung der Rheinlandzone vor?

Wir erwähnten bereits, daß ein „Ostlocarno“ ein notwendiger Bestandteil der von Frankreich geforderten Sicherheit ist und daß Deutschland sich weigert, dieses „Ostlocarno“ in bezug auf die deutsch-polnische Grenze zu unterzeichnen. Wenn Frankreich also ein „Ostlocarno“ will, — so wird die deutsche Regierung in Genf argumentieren —, so muß es dafür sorgen, daß die Verbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich wiederhergestellt wird; dann werden wir gern bereit sein, unsere Ostgrenzen als endgültig anzusehen.

Wie wird sich Frankreich zu dieser Forderung stellen? Es liegt klar auf der Hand, daß Polen sich mit keiner Lösung einverstanden erklären wird, die auch nur eine geringe Veränderung der bestehenden deutsch-polnischen Grenze zu Gunsten Deutschlands bringt. Wenn Frankreich sich also die deutsche Forderung zu eigen machen würde, würde es sich höchstwahrscheinlich mit Polen verfeinden. Die französisch-polnische Freundschaft hat nun in letzter Zeit sowieso gelitten: Die polnische Regierung hat den Nichtangriffspakt mit Rußland unterzeichnet, ohne das Zustandekommen eines solchen Paktes zwischen Frankreich und Rußland abzuwarten. Die in Polen bisher stets mit viel Nachdruck betriebene Propaganda gegen Sowjetrußland, daß jeden Tag einen neuen Krieg beginnen könne, ist völlig aufgegeben worden. Die „unpolitische“ Italienreise des polnischen Staatssekretärs im Außenministerium läßt vermuten, daß Polen sich nach anderen Verbündeten umsieht.

Aber kann Frankreich es sich leisten, auf seinen Stützpunkt in Polen zu verzichten? Der Sinn dieses Stützpunktes war doch stets der, daß

Polen ein Bollwerk gegen den Bolschewismus bilden sollte. Hier weiß die „Berliner Börsen-Zeitung“ Rat:

Polen habe seine Aufgabe, ein Bollwerk gegen Rußland zu bilden, schlecht erfüllt; bei dem im Lande herrschenden Chaos könne Polen nie und nimmer ein solches Bollwerk bilden.

Deutschland dagegen, wenn es die Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage zugesichert bekäme und militärisch gestärkt würde, könne sehr wohl die Aufgabe übernehmen, Europa vor Sowjetrußland zu schützen.

Daß zur Erfüllung dieser Aufgabe eine direkte Verbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich unerlässlich ist, wird wohl jedem einleuchten. Wenn man die Lage so betrachtet, ist es also nicht schwer zu erklären, warum die Reichsregierung zunächst nicht gegen die Entmilitarisierung des deutsch-französischen Grenzgebietes vorgeht, sondern gegen den polnischen Korridor.

Die Forderung einer deutsch-französischen Verständigung zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehens gegen Sowjetrußland ist durchaus nicht neu. Sie wird seit langem von dem berühmten Großindustriellen Arnold Reeb propagiert, und auch Papen war in gewissem Maße ein Anhänger dieser Idee. Vor zwei Jahren hat bereits der britische Imperialist und Zeitungskönig Lord Rothermere eine faschistische Diktatur für Deutschland herbeigewünscht, mit der Begründung, daß Deutschland unter einer solchen

Regierung ein mächtiges Bollwerk gegen den Bolschewismus bilden würde. Und angesichts des Nutzens, den ein solches Bollwerk für ganz Westeuropa haben würde, könnten die Großmächte es sich schon leisten, Deutschland in mancherlei Dingen entgegenzukommen, ihm z. B. sogar einige seiner ehemaligen Kolonien zurückzugeben.

Die Parteifreunde Rothermeres in der britischen Regierung werden dieses Argument zu würdigen wissen, und sie werden zu Zugeständnissen an Deutschland besonders leicht zu haben sein, wenn diese Zugeständnisse sie nichts kosten. Der polnische Korridor kostet sie rein gar nichts. Eden, der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, erklärte am Dienstag in einer Rede, daß es keinen Sinn habe, sich auf der Abrüstungskonferenz über Einzelheiten zu unterhalten, solange keine Formel gefunden sei, in der die deutsche Gleichberechtigungs-Forderung mit der französischen Sicherheits-Forderung vereinigt sei. Die britische Regierung neigt dazu, sich von diesen Fragen, soweit sie vor allem den europäischen Kontinent betreffen, fernzuhalten. Sie wird sich gegenüber einer Einigungsformel, die auf Kosten des polnischen Korridors zustande gekommen ist, wahrscheinlich entweder passiv verhalten, oder sie wird am Zustandekommen einer solchen Formel sogar mithelfen, die dann in Wirklichkeit weder Sicherheit noch Abrüstung bedeuten wird.

## Rumänische Regierung zurückgetreten.

Trotz der tagelangen Bemühungen des rumänischen Außenministers, Titulescu, den Rücktritt der Regierung zu verhindern, ist dieser jetzt erfolgt. Nur einen Erfolg haben Titulescu und der König errungen: anstatt Neuwahlen auszuschreiben, wie der bisherige Ministerpräsident und Führer der Nationalzaranistischen Partei, Maniu, es vorhatte, hat dieser sich bereit erklärt, für die Bildung einer neuen Regierung aus den Reihen seiner Partei einzutreten. Hierdurch ist die vom König gefürchtete Gefahr, daß die rumänischen Liberalen an die Macht kommen, vorläufig gebannt.

Es wird damit gerechnet, daß Vajda der Nachfolger Manius wird. Vajda ist Mitglied der Nationalzaranistischen Partei und war der Vorgänger Manius im Amt des Ministerpräsidenten. Er ist zurückgetreten, als Titulescu, der damals noch rumänischer Gesandter in London war, plötzlich sehr energisch das außenpolitische Steuer in die Hand nahm und die Unterzeichnung des Genfer Protokolls zu verhindern suchte. Vajda wollte mit Titulescu nicht zusammenarbeiten. Wenn er jetzt die rumänische Regierung übernimmt, wird er wahrscheinlich gezwungen sein, seine Ansicht in diesem Punkt zu ändern; denn Titulescu ist unbestritten der einflussreichste Mann in Rumänien. Sogar in einer liberalen Regierung würde er wahrscheinlich das Amt des Außenministers beibehalten haben. Titulescu hat jetzt offiziell sein Amt als Gesandter in London niedergelegt, was darauf schließen läßt, daß er sich künftig mehr noch als bisher mit der rumänischen Regierungspolitik befassen will.

Sichtbare Erfolge von Titulescus Außenpolitik hat es während der bisherigen Amtszeit des Ministers nicht gegeben. Er hat es zu einer erheblichen Lockerung der rumänisch-polnischen Beziehungen gebracht. Daß sich diese Beziehungen in nächster Zeit wieder festigen werden, ist nicht zu erwarten; denn Polen hielt auf eine Freundschaft mit Rumänien aus Angst vor Sowjetrußland. Diese Angst ist in Polen augenblicklich nicht mehr so sehr vorhanden. — Weiter hat Titulescu anscheinend eine Befestigung der französisch-rumänischen Beziehungen nicht zuwege gebracht, und auch der Freundschaftsvertrag mit Italien ist nur kurzfristig erneuert worden.

## Um das Programm der Weltwirtschaftskonferenz.

Der Vorbereitende Ausschuss für die Weltwirtschaftskonferenz hat jetzt Richtlinien für das Arbeitsprogramm der Konferenz aufgestellt, die von den Sonderausschüssen in den nächsten Tagen durchberaten und dann zu einem einheitlichen Arbeitsprogramm ausgearbeitet werden sollen. Die Richtlinien sind in drei Abteilungen zusammengefaßt. Der erste Teil beschäftigt sich mit dem Stand der Krise in den verschiedenen Ländern, der zweite mit der politischen und privaten Verschuldung, der Goldwährung, Stabilisierung der Währungen, Zollpolitik u. s. w., und der dritte Teil enthält die Stellungnahme der Sachverständigen zu diesen Punkten. Die interalliierten Schulden sind in diesem Programm nicht erwähnt, weil sie nur einige der auf der Londoner Konferenz vertretenen Mächte angehen.

## Das polnische Echo der deutschen Heize gegen Polen.

Der polnische Westmarkenverein hat einen Aufruf erlassen, der den Titel „Alles für die Westfront“ trägt und ein würdiges Gegenstück zu den Hetzreden, -artikeln und -aufrufen ähnlicher Verbände in Deutschland darstellt. Der Aufruf ist u. a. von Zaleski unterzeichnet, der bis vor kurzem polnischer Außenminister war. Es heißt darin in bezug auf die Frage des Korridors und der abgetretenen Gebiete, daß es in Europa wohl keinen Menschen gäbe, der nicht wüßte, daß jeder Anschlag auf die polnische Westgrenze den Krieg bedeuten würde,

und zwar einen Krieg des ganzen polnischen Volkes, der bis zum endgültigen Siege durchgeführt werden würde. Man dürfe nicht vergessen, daß die Revisionsabsichten Deutschlands auf polnischer Seite eine entschiedene Kampfbereitschaft hervorgerufen hätten, so daß schon jetzt alles mobilisiert werde, um der deutschen Revisionsaktion sofort entgegenzutreten zu können.

## Genfer Fernost-Diskussion wird vorbereitet.

Am Montag tritt in Genf der sogenannte Neunzehner-Ausschuss zusammen, der sich mit dem Schicksal der Mandschurei zu befassen hat. Beim Herannahen dieses Termins meldet sich chinesischer Protest.

Der chinesische Ministerpräsident Wang Sin-Wei, der vor kurzem „zur Kur“ in Tübingen eingetroffen war, von dort aber bald abreiste und in einem Nürnberger Hotel Wohnung nahm, hat durch die chinesische Abordnung in Genf eine scharf klingende Erklärung abgegeben.

Er macht dem Völkerbund den Vorwurf, durch seine passive Haltung nicht nur sein eigenes Ansehen aufs schwerste geschädigt, sondern auch hierdurch die japanische Angriffspolitik ermöglicht zu haben. Die japanische Politik richte sich gegenwärtig ausschließlich darauf, jedes Vorgehen des Völkerbundes zu durchkreuzen und gleichzeitig unerbittlich das Angriffsprogramm gegen China durchzuführen in der Hoffnung, daß der Völkerbund als das höchste Tribunal des Friedens in jeder einzelnen Etappe die vollendete durch militärische Mittel geschaffene Tatsache anerkennen werde. Der japanische Angriff auf Schanghai vom 2. Januar sei in der Berechnung der erst am 16. Januar zusammentretenden Tagung des Neunzehner-Ausschusses des Völkerbundes erfolgt. Japan zeige fortlaufend eine tiefe Mißachtung des Völkerbundes. Falls der Völkerbund nicht sofort wirksame Maßnahmen zur endgültigen Regelung des japanisch-chinesischen Streits ergreife, so werde der Völkerbund nicht mehr (!) seinen ursprünglichen Zielen entsprechen und werde sich damit für die Zukunft unfähig erklären, einen Staat zur Vernunft zu bringen. Das chinesische Volk sei wie ein Mann entschlossen, einen erbärmungslosen Kampf im Geiste des Friedens und der Gerechtigkeit zu beginnen.

Wang Sin-Wei hat außerdem (nach englischen Meldungen) zusammen mit dem chinesischen Völkerbundsdelegierten Yen und dem chinesischen Gesandten in London, der bereits vor einigen Tagen mit einer scharfen Sprache gegen Japan und den Völkerbund hervortrat, die Nanking-Regierung telegraphisch aufgefordert, sie solle die militärischen Vorbereitungen zur Wiedereroberung von Schanghai kwang treffen.

Wie weit hinter den scharfen Worten der Chinesen die Entschlossenheit stehe, den Völkerbund klipp und klar vor seine satzungsmäßig übernommenen Verpflichtungen zu stellen, läßt sich noch nicht sagen. Sachlich stellt die chinesische Erklärung keineswegs das Höchstmaß an Schärfe dar:

es wäre entschieden gewesen, in einem Antrag den Völkerbund zu zwingen, zu seiner in Artikel 16 seiner Satzung übernommenen Verpflichtung Stellung zu nehmen.

Nach dieser Verpflichtung hätten die Völkerbundstaaten längst Maßnahmen gegen Japan ergreifen müssen.

Die Beurteilung der chinesischen Protesterklärung wird auch durch die Undurchsichtigkeit des Verhältnisses Wang Sin-Wei zur Nanking-Regierung erschwert. Oft sind chinesische Politiker durch einen „Kur“-Aufenthalt in Europa kaltgestellt worden. Daß der chinesische Ministerpräsident in grundsätzlichen Fragen (Diktatur und Demokratie) nicht mit Tschiang Kai-Schek einig ist, hat er kürzlich in einem Interview erklärt. Er hat damals jedoch hinzugefügt, daß er in bezug auf die Notwendigkeit eines Kampfes gegen Japan mit Tschiang Kai-Schek völlig übereinstimme.

Aus Schanghai wird gemeldet, daß der chinesische Außenminister der britischen und amerikanischen Gesandtschaft eine Note übergeben hat, in der die chinesische Regierung gegen die

Verletzung des Boxer-Protokolls durch die Japaner protestiert. Die Verletzung bestehe darin, daß die Japaner die Bahn Mukden-Peking zu Truppentransporten nach Schanghai kwang benutzt hätten.

Der japanische Botschafter in Washington war frech genug, dem Staatssekretär Stimson zu erklären, Japans Absicht in Jehol sei, in dieser Provinz „Frieden zu stiften“. Mandschukuo betrachte Jehol als Teil des neuen Kaiserreichs.

Japan beabsichtige nicht, südlich über die große Mauer hinauszugehen (also nicht in die Provinz Tschili hinein).

Diese Erklärung weist eine bemerkenswerte Neuheit auf — Neuheit jedenfalls im offiziellen diplomatischen Verkehr: es wird mit Selbstverständlichkeit vom „neuen Kaiserreich“ gesprochen.

## Die Chinesen in Rußland.

Die 3000 chinesischen Soldaten, die am Mittwoch nach Überschreiten der russischen Grenze entwaffnet worden sind, sind nach Tomsk abtransportiert worden. Dort sind bereits 5000 vor einiger Zeit über die Grenze gegangene chinesische Soldaten, unter ihnen General Ma, und 1200 chinesische Zivilpersonen. Die Sowjetregierung hat längst die chinesische Zentralregierung aufgefordert, Schritte zur Versorgung jener Geflüchteten zu unternehmen, da die russische Regierung nicht in der Lage sei, jene Tausende auf ihre Kosten zu verpflegen.

## Sie rüsten!

Bei Battica, in der Nähe von Aachen und bei Pepinster wird die belgische Regierung demnächst mit dem Bau von Forts beginnen. Die Arbeiten werden insgesamt 250 Millionen Francs (31 Millionen Mark) kosten. 60 bis 80 Millionen Francs werden im Budget für das Jahr 1933 enthalten sein.

## Weltfriede und Arbeiterbewegung.

Von Edo Fimmen,

Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

VI.

(Schluß.)

### Die notwendigen organisatorischen Maßnahmen.

Es ist versäumt worden, den revolutionären Willen der Arbeiter zu stärken; es ist versäumt worden, die organisatorischen Maßnahmen zu treffen, die nötig sind, um im Falle eines kommenden Krieges den revolutionären Willen in die Tat umzusetzen. Und ich wiederhole: falls es uns nicht gelingt, in aller kürzester Zeit der in die Arbeiterschaft hineingetragenen Propaganda der Selbsttäuschung Einhalt zu gebieten und die Arbeiterklasse im Kampfe gegen die Kriegsgefahr zu revolutionärer Aktion zu bringen, zurückzubringen zu der Einstellung, die sie während der Jahre 1920 und 1921 hatte, wird es für sie und für die ganze Menschheit ein schreckliches Erwachen geben. Wenn die organisierte Arbeiterklasse nur bereit ist, in ihren Versammlungen schon abgefaßten Resolutionen, die im Falle der drohenden Kriegsgefahr den Generalstreik fordern, jubelnd zuzustimmen und nicht daran geht, diesen Generalstreik und die Kriegsabotage zur Zertrümmerung der Kriegsmaschine systematisch vorzubereiten, werden wir bei dem nächsten Krieg genau so in das Gemetzel hineingezogen, wie dies im Jahre 1914 geschehen ist. Das klingt nicht sehr ermutigend, ist aber leider Tatsache.

Tatsache andererseits ist aber auch, daß heute in den wichtigsten Ländern Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die Arbeiter einsehen, daß die heutige Einstellung der Gewerkschaftsbewegung und der sozialdemokratischen Parteien in der Frage der Kriegsbekämpfung eine falsche ist, daß nicht die Zusammenarbeit mit den Vertretern der kapitalisti-

chen Klasse in Genf, sondern nur revolutionäre Massenaktion der Arbeiter selber die Möglichkeit bietet, der kommenden Kriegsgefahr entgegenzutreten. In England, in Holland, in Belgien, in Frankreich, in Oesterreich, in den skandinavischen Ländern und ich glaube auch in Deutschland macht sich ganz besonders unter den jüngeren Arbeitern eine wachsende Strömung bemerkbar, die stets stärker und nachdrücklicher fordert, daß die Arbeiterorganisationen sich wieder der radikalen Kriegsbekämpfung und ihrer systematischen Vorbereitung zuwenden. Auf diese Tatsache bauen wir unsere Hoffnungen. Diese Strömungen zu stärken und zu fördern, ist Aufgabe jedes wirklichen Gegners der kapitalistischen Kriege. Stehen wir bei der Propaganda für die revolutionäre Massenaktion, praktisch gesprochen, erst wiederum da, wo die Arbeiterschaft vor 10 Jahren stand, so darf andererseits festgestellt werden, daß breite Schichten der Arbeiterschaft heute bereit sind, diese Propaganda wieder aufzunehmen. Gleichzeitig muß aber diese Propaganda aufklärend und aufrüttelnd wirken, um so den notwendigen Druck auf die bestehenden Organisationen zu schaffen und die unentbehrlichen Maßnahmen vorzubereiten, damit im entscheidenden Momente der revolutionäre Wille in die Tat umgesetzt werden kann. Vor allem ist aber notwendig, daß diejenigen, die sich Kriegsgegner nennen, sich selber darüber klar werden, was diese Kriegsgegnerchaft, wenn sie wirklich Wert haben soll, bedeutet. Die Frage, ob kommende Kriegsgefahr durch einen Generalstreik und Sabotage verhindert werden soll, bejahen wir ohne weiteres. Wo immer diese Parole in einer Versammlung von Arbeitern und Kriegsgegnern ausgegeben wird, wird sie mit großem Beifall aufgenommen; doch nur wenige sind es, die sich klar machen, was diese Parole eigentlich bedeutet. Der Generalstreik und in weit größerem Maße die Kriegsabotage im Falle eines drohenden Krieges sind nicht nur undemokratisch, da sie in den meisten Ländern den Beschlüssen eines sogenannten demokratisch gewählten Parlamentes entgegenarbeiten, sie bedeuten auch, daß in dem Augenblicke, wo sich das „Vaterland“ in höchster Gefahr befindet, die Arbeiterschaft das Vaterland im Stich läßt, sie bedeutet Landesverrat und Hochverrat, und wir müssen uns

darüber klar sein, daß wir, falls wir durch revolutionäre Massenaktion den Krieg verhüten wollen, nach der allgemeinen gültigen Auffassung Hoch- und Landesverrat sind und auch als Hoch- und Landesverrat von den Regierungen behandelt werden, d. h. damit rechnen müssen, an die Wand gestellt und erschossen zu werden. Daß die ihre Arbeit niederlegenden und zu Demonstrationen gegen den Krieg in die Straßen herabsteigenden Werktätigen dies ohne weiteres zulassen, daß sie sich wie Lämmer abschlachten lassen werden, ist ausgeschlossen. Sie werden sich mit allen Mitteln den gegen sie entsandten Truppen widersetzen, mit anderen Worten: ein Generalstreik im Falle eines drohenden Krieges ist nicht nur theoretisch und praktisch Landes- und Hochverrat, er bedeutet in seinen unmittelbaren Folgen Aufstand, Bürgerkrieg, Revolution. Wer das nicht will, befürworte nicht die Arbeit, niederlegung zur Verhinderung eines kommenden Krieges, der zolle nicht länger Rednern, welche das Mittel des Generalstreiks zur Kriegsverhütung empfehlen und befürworten, gedankenlos Beifall. Ich stehe jedoch nicht an, als meine tiefste Ueberzeugung auszusprechen, daß wir im Falle eines drohenden Krieges keine andere Wahl haben, als Hochverrat an dem Land, in dem wir geboren sind, oder Hochverrat an der Menschheit und ihren höchsten Idealen zu begehen. Es gibt keine andere Wahl, und alles Gerede über Pazifismus und Kriegsbekämpfung ist meiner Ansicht nach wertlos, wenn wir nicht den Mut haben, der Bedeutung und dem Wesen jeder wirklichen, aktiven Kriegsbekämpfung auf den Grund zu gehen und die sich aus unserem Denken ergebenden Konsequenzen auf uns zu nehmen.

Erlauben Sie, meine Ausführungen zu schließen mit den Worten, die vor einigen Jahren der Leiter der englischen Gewerkschaftsbewegung, Fred Bramley, am Tage seines Todes am Schlusse einer Konferenz der Gewerkschaftsvertreter in Amsterdam, wo man sich mit der Bekämpfung der Kriegsgefahr befaßte, geäußert hat: Alles Gerede, jede Diskussion über die Bekämpfung des Militarismus und die drohende Kriegsgefahr ist wertlos, wenn wir nicht bereit sind, die äußerste Konsequenz daraus zu ziehen: die Vorbereitung und Durchführung revolutionärer Massenaktion.

## Katzenjammer in Freiburg.

Karl Ignatz Hummel,

unter dem Namen Daubmann der letzte deutsche „Heimkehrer“, der den peinigen Klauen des französischen Erbfeindes entrann, hat seine kurze aber erfolgreiche nationalistische Propagandareise nun auch gerichtsnotorisch liquidiert. Er hat sich auf dieser Reise nicht nur den Hausorden von Hohenzollern mit Schwertern erworben, sondern auch zweieinhalb Jahre Gefängnis wegen Betrugs, Urkundenfälschung und falscher Namensführung.

Hummel soll sich von früher Jugend an durch einen ausgeprägten Hang zu Einbruchsdiebstählen ausgezeichnet haben. Während des Krieges wurde er mehrmals wegen Betrugs und Flucht aus dem Heeresdienst bestraft. 1930 heiratete er in Offenburg, hielt es aber dort und in seiner Ehe nicht lange aus und beschloß, zur Fremdenlegion zu gehen. Dort abgewiesen, radelte er nach Italien, bis er da selbst mittellos herumsaß. Da kam er auf die Idee, an die ihm bekannten Eltern des seit 1916 vermißten Daubmann aus Endingen zu schreiben: er sei ihr Sohn, sei nach 16jähriger Gefangenschaft aus Tunis geflohen und bitte um Zusendung von Tauf- und Geburtsschein. Der Bürgermeister von Endingen stellte einige Rückfragen über das deutsche Konsulat in Neapel. Die Fragen beantwortete Hummel richtig, sodaß das Konsulat an den Bürgermeister in Endingen schrieb: die Identität des Antragstellers mit Daubmann sei erwiesen. So erhielt Hummel einen Paß „Daubmann“ und eine Freikarte nach Deutschland.

Inzwischen waren die ehemaligen Krieger in Endingen tätig, und es wurde von ihnen beschlossen, den ehemaligen Kompagniefeldwebel Daubmanns diesem entgegenzuschicken. Beide reisten dann in einem

von der Reichsbahn zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten Abteil 1. Klasse

weiter. Auf dem Freiburger Hauptbahnhof wurde Hummel von allen Freunden Daubmanns und anderen Interessenten an der Affäre so stürmisch empfangen, daß er ohnmächtig wurde und erst wieder zu sich kam, als die Mutter Daubmanns ihm um den Hals fiel. In Endingen, nach der ersten Nacht im Bett Daubmanns, wollte Hummel fliehen, um seiner Rolle ein Ende zu machen. Aber die Mutter Daubmann hatte Hummels Kleider fortgeschossen.

Und dann machten sich Krieger- und ähnliche Vereine über den Fall her

und brachten Hummel immer tiefer in die Rolle „Daubmann“ hinein. Vor allen sorgte dafür Daubmanns ehemaliger Bataillonskommandeur, Major Bumiller.

Dieser schrieb Daubmanns Memoiren und schleppte Hummel auf eine Daubmann-Vortragsreise; und zwar, obwohl der Freiburger Polizeidirektor Bär Herrn Bumiller gewarnt hatte,

sich in die Affäre Daubmann hineinziehen zu lassen und ihm angeboten hatte, ihn in einer Unterredung einige Informationen über die „Heimkehr Daubmanns“ zu geben. Bumiller machte hiervon aber keinen Gebrauch. Vielmehr führte er den Hummel beim Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen ein, wo ihm unter dem Namen „Daubmann“ jener hohe Orden verliehen wurde.

Der Oberstaatsanwalt begann sein Plädoyer mit der tiefen Weisheit, daß die Welt betrogen sein wolle. Nur unter diesem Gesichtspunkt sei die Bereitschaft weiter Bevölkerungskreise zu verstehen, den Schilderungen des Angeklagten blindlings Glauben zu schenken. Er vergaß, hinzuzufügen, wo die Ursache dieser Unzurechnungsfähigkeit — nicht „der Welt“, aber vieler Deutscher — liegt:

in der bereits wieder auf einen hohen Grad getriebenen nationalistischen Psychose. Es ist dieselbe Psychose, die im Sommer 1914 die dummen Deutschen in irgend einem Lieferungsauto einer Brotfabrik ein „Goldautomobil“ und in jedem Menschen mit bräunlicher Gesichtsfarbe und schwarzen Haaren einen französischen Spion sehen ließ, derselbe Zustand, den Staatsanwälte mit erzeugen helfen, z. B. im Prozeß gegen den „Kriegsverräter“ Jäger.

## Der Frankfurter Mädchenmord-Prozeß.

Einer der gemeinsten nationalsozialistischen Morde ist am Mittwoch vom Schwurgericht in Frankfurt (Main) abgeurteilt worden: der Mord an der im Dezember 1931 verschwundenen Hausangestellten Emma Busse, deren Leiche im Mai 1932 aus dem Main gezogen worden war.

Der Hergang des Verbrechens ist nach dem wiederholten Geständnis des Hauptangeklagten, des SA-Mannes Stubenrauch, vor der Mordkommission und dem Untersuchungsrichter folgender: Als das Mädchen ihm, dem 21jährigen, mitgeteilt hatte, daß sie von ihm schwanger sei, beriet Stubenrauch mit seinen Parteigenossen Eich und Arzt; diese waren damals 17- und 18jährige Lehrlinge. „Ach, Quatsch, mach doch einfach Schluß!“ riet ihm Arzt. Stubenrauch wollte zunächst nicht „Schluß machen“ mit seiner Geliebten; schließlich wurde aber verabredet, daß noch am selben Abend das Mädchen in den Main geworfen werden sollte. Die Tatsache dieser Verabredung wird auch von den Mitangeklagten Eich und Arzt nicht geleugnet.

Das Mädchen ist dann von Stubenrauch auf eine Mainbrücke gelockt und ins Wasser gestoßen worden. Die beiden Kumpane waren den beiden von ferne gefolgt.

Während der Hauptverhandlung stellten die Mörder die Sache so dar, daß sie den ursprünglichen Plan gegen Abend noch fallen gelassen hätten. Sie leugneten hartnäckig ihre Beteiligung an dem Mord. Darauf die Frage des Vorsitzenden:

Warum sind Sie doch mit dem Mädchen auf die Brücke gegangen, obwohl Sie angeblich den nachmittags verabredeten Plan bereits aufgegeben hatten? Und warum sind Ihre beiden Freunde denn nachgefahren und Ihnen immer gefolgt bis zur Brücke? Warum ist das alles genau so geschehen, wie es in dem Plan vorgesehen war, obwohl Sie den Plan gar nicht ausführen wollten?

Das Urteil: Stubenrauch zwölf Jahre Zuchthaus wegen Totschlags; Eich und Arzt werden freigesprochen.

Das Gericht hat als erwiesen angesehen, daß Stubenrauch das Mädchen ins Wasser gestoßen habe. Es hat weiter als erwiesen angesehen, daß ein Mordplan bestanden habe.

Für eine Verurteilung wegen Mordes fehlte jedoch eine Schilderung des Vorganges auf der Brücke.

Mangels einer solchen Schilderung ließ sich nicht entscheiden, ob die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt worden ist.

Zweifellos läßt sich, da der Mörder auf der Brücke keinen überlebenden Zeugen gehabt hat und er selber die Äußerung über die Vorgänge auf der Brücke ablehnt, nicht entscheiden, ob er in Ueberlegung handelte. Wir heben dies hervor, weil gegenüber diesen entmenschten Nazis die Richter die Vorsicht in ihrer Beweisführung walten ließen, die die Richter des zum Tode verurteilten Chemnitzer Arbeiters Bartl so kraß vermissen ließ. Bartl leugnet sogar jeden Plan zu einer Schießerei, und niemand hat ausgesagt, daß Bartl einen solchen Plan einmal geäußert habe. Ausschließlich aus Bartls äußerem Verhalten in dem Nazilokal will das Chemnitzer Schwurgericht darauf schließen, daß er mit dem entkommenen Schützen zusammen vorher den Plan zum Schießen gefaßt und daß er, als der entkommene Schütze den Nazi durch den Kopf schoß, diese von dem anderen ausgeführte Tötung selber mit gewollt hat.

So weitgehende Schlüsse auf Bartls inneres wollen seine Richter ausschließlich aus Zeugenaussagen über das äußere Verhalten Bartls ziehen. Das ist ein so brüchiges Fundament, daß es unverantwortlich ist, darauf ein Todesurteil zu gründen.

Das Frankfurter Gericht hat höhere Ansprüche an Strenge gestellt — an sich mit Recht — wenn nur gegenüber Kommunisten dieselben Ansprüche zur Anwendung kämen.

Lächelnd nahmen in Frankfurt die beiden freigesprochenen Nazis ihre Haftentlassung auf. Strahlend dankte Stubenrauch seinem Anwalt mit „Heil-Hitler!“. Die ent-

menschte Art ist in diesem Falle eines auch im juristischen Sinne gemeinen Verbrechens genau dieselbe, wie wir sie oft in sogenannten politischen Mordprozessen bei Nazis angetroffen haben: die niedrigsten Instinkte wirken hier, und ihnen den Glanz politischer Motive unterzuschieben, ist eine irreführende Beschönigung.

### Politischer Terror.

In der Nacht auf Donnerstag kam es in Berlin-Steglitz mehrfach zu kleineren Zusammenstößen, das eine Mal wurde ein Mitglied des Arbeitersportvereins „Fichte“ leicht, das andere Mal ein angeblich Parteiloser von Nationalsozialisten schwer verletzt, sodaß er ins Krankenhaus überführt werden mußte. Die Polizei nahm eine größere Anzahl Nationalsozialisten fest.

Auch in Berlin-Charlottenburg wurde Donnerstag nacht ein Parteiloser von drei Nationalsozialisten schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus geschafft werden, während die Täter unerkannt nach Siemensstadt flüchteten.

In Berlin-Neukölln wurden am Donnerstag abend zwei junge „Reichsbanner“-Leute von 15 zum Teil uniformierten Nazis überfallen und verletzt. Der fünfzehnjährige Jungbannermann Frenz el erhielt dabei so schwere Lungenstiche, daß sein Zustand hoffnungslos ist.

In Essen kam es am Donnerstag abend in der Nähe eines SA-Heimes zu Zusammenstößen zwischen zwei Polizeibeamten und Kommunisten. Die Polizisten schossen in angeblicher Notwehr und verletzten einen der Beteiligten schwer. Zwei weitere Personen wurden festgenommen.

Auch in Köln kam es Donnerstag abend zu Zusammenstößen mit der Polizei, als diese einen Demonstrationzug der Kommunisten auflösen wollte (bekanntlich besteht kein Demonstrationsverbot mehr!). Ein Beamter gab in angeblicher Notwehr einen Schuß ab und verletzte einen jungen Burschen durch einen Halbschuß schwer.

In Brandenburg verhaftete die Polizei drei kommunistische Arbeiter auf Grund von Haftbefehlen, weil sie anlässlich eines Streiks „widerrechtlich“ in das Grundstück eines Fabrikbesitzers eingedrungen seien. Deshalb verhaftet man Arbeiter!

### SA-Mann schwer verletzt.

In Stelle bei Heide wurde ein SA-Mann Abraham durch Messerstiche in den Rücken so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

### Noch 24 Tote durch die spanischen Unruhen.

In der spanischen Ortschaft Casas Viejas kam es zu einem Feuergefecht zwischen 19 Aufständischen, die sich in einem Haus verschanzt hatten, und der Polizei. „Erst nach zwölfstündiger Belagerung“, so heißt es in dem Hugenbergschen Pressebericht, „gelang es der Polizeitruppe, das Nest auszurauchern.“ Die 19 Insassen des Hauses waren nämlich sämtlich getötet! Von den Polizisten waren nur drei verletzt.

Besonders in Südspanien herrschen weiter Unruhen. Der Generalstreik in Sevilla dauert weiter an.

### Geschäftsplünderungen in Berlin

Am Mittwoch nachmittag drangen vier Burschen in eine „Nordstern“-Filiale in der Ratiborstraße in Berlin ein und entwendeten etwa 50 Pfund Wurstwaren. Die Täter entkamen unerkannt.

Am Donnerstag vormittag drangen in der Dunckerstraße ebenfalls vier Burschen in ein Buttergeschäft ein und entwendeten Lebensmittel im Werte von etwa hundert Mark. Einer der Täter wurde von der Polizei verhaftet, die drei anderen entflohen auf Fahrrädern.

Um dieselbe Zeit etwa entwendeten fünf bis sechs junge Männer in der Neuen Hochstraße aus einem Lebensmittelgeschäft größere Mengen Wurst und Käse. Sie konnten unerkannt entkommen.

## EINE BEICHTE

VON THEODOR PLIVIER

(Schluß.)

Vor mir auf dem Pflaster liegt der Matrose.

Du schießt nicht mehr, sage ich zu mir, — sollen sie dich auf Festung schicken, sollen sie dich an die Wand stellen!

Und so fühlen auch die anderen.

Wieder kommandiert der Leutnant: „Feuer!“

In unseren Reihen knallt es nur noch vereinzelt.

Dieses Knien mit der angelegten Waffe, dieses Hineinstarren in die Masse, die näher kommt, — ich weiß nicht, wie lange das alles dauerte, ich hatte vergessen, daß ich mich mitten auf einem Platze befand, ich war wie ein Stein.

Und plötzlich sehe ich: der Leutnant ist vollständig verdeckt von Fäusten und Stöcken, dazwischen ein Gewehrkolben. Nur sein Degen schwankt über der Menge. Ich springe auf und laufe zum Bürgersteig, um ihm beizustehen. Die von uns Niedergeknallten hatte ich vergessen; nur ein Kameradschaftsgefühl zum Leutnant, der doch zu uns gehörte, trieb mich.

Sie haben ihn nicht geprügelt; sie haben ihn einfach niedergetreten und erschlagen. Und die Matrosen haben das allein getan, — von einem Werftarbeiter bekam er einen Stoß, daß er umfiel.

Da kommt ein alter Obermaat auf mich zu.

„Junge, schmeiß das weg!“ sagt er zu mir.

Wie ein Vater sagt er das.

Ich greife nach dem Koppelschloß, es springt auf und fällt samt Seitengewehr und Patronentasche in den Rinnestein. Die Pistole werfe ich hinterher.

Jetzt erst fallen mir meine Kameraden ein.

Aber sie waren alle getürmt.

Ganz allein stehe ich unter den vielen Menschen auf dem Platz. Ich sehe einen Verwundeten, der seine Arme über die Schultern von zwei Matrosen gelegt hat und sich mühsam weiterschleppt. Eine Gruppe trägt einen Toten vorbei. Mir ist, als müsse ich helfen oder wenigstens hinter dem Zug hergehen.

Aber dann erfaßte mich die Angst.

Vorher hatte ich gar keine Zeit, an Angst zu denken. Und jetzt fing ich zu laufen an, — nur weg von dem Platz. Bis ich plötzlich vor einem Offizier stehe, vor unserm dicken Hauptmann.

Ich reiße die Knochen zusammen.

Doch da sehe ich, daß er vor mir, ich muß wild ausgesehen haben, einen wahren Schreck bekommt. Er starrt mich an — mein aufgelöstes Halstuch, meinen offenen Ueberzieher, die Stelle wo das Koppelzeug fehlt. Da bin ich wie umgewandelt und brülle ihn an: „Leutnant Steinhäuser ist totgeschlagen worden! Von den Matrosen, 5000 oder 10000 Mann, ich weiß nicht...“

Ich denke, jetzt geht er die in Reserve liegende Kompanie alarmieren, die „alten Leute“, die er noch tags zuvor geschliffen hat. Aber er sagt nur: „Kommen Sie“, läuft neben mir her und legt gar keinen Wert mehr darauf, daß ich die vorschrittmäßigen fünf Schritte hinter ihm bleibe. Ich fange recht zu laufen an, damit er noch mehr außer Atem kommt. Er kann vor Angst gar nicht rasch genug zur Kaserne kommen.

„Totgeschlagen?“ keucht er immer wieder.

„Ja“, sage ich, beinahe schadenfroh, „totgetreten, ich habe es selber gesehen!“

Ich freue mich plötzlich, daß die Volksmenge den Platz behauptet hat. Zum ersten Male fühle ich, daß ich eigentlich dazu gehöre. Aber zugleich quält mich der Gedanke: ich bin ja für immer ausgeschlossen, die Kameraden müssen mich ja wie Auswurf betrachten, wenn erst bekannt wird, was ich getan habe.

Ich wußte noch nichts von der Großmut des Volkes. Wir wurden zwar am nächsten Tag vom Soldatenrat auf die „Nympe“ versetzt, aber dort waren die Kameraden alle gut zu uns, und wir freuten uns alle, daß es endlich soweit war.

Damals war ich natürlich noch lange kein Roter, das kam erst später, aber die Offiziere hatten bei mir ausgespielt, der blinde Glaube an die Autorität war tot.

Als wir in der Kaserne angekommen waren und der Hauptmann mich in das Zimmer des Kommandeurs hineinrief, habe ich diesen Mann mit dem kleinen grauen Spitzbart und den vielen goldenen Aermelstreifen angesehen und bei mir gedacht: der ist schuld, daß ich auf Kameraden geschossen habe.

Zuerst habe ich ihm noch ganz richtig geantwortet und den Hergang erzählt, aber dann habe ich nicht mehr an mich halten können und ihn angeschrien:

„Wenn die alten Leute nicht gehen wollten, da hätten Sie uns erst recht nicht schicken dürfen! Hätten Sie doch Offiziere hingestellt!“

Mehr wollte er nicht hören. Er hat mich sofort hinausgeschickt.

Aber das eine weiß ich, nie hätte ich den Mut aufgebracht, so mit ihm zu sprechen ohne die Toten an der „Hoffnung“, ohne dieses Gesicht, dieses Gesicht von...“

Er zögert, den Namen auszusprechen.

„Schorsch“, füge ich ein.

„Ich werde es nie gut machen können.“

Es bleibt eine Weile still.

„Aber wenn ich einmal an derselben Stelle stehe, wenn ich einmal dasselbe tun kann, wie er...“

„Dann hast du getan, was du kannst, Genosse.“

